

## **Antrag**

**der Abgeordneten Silke Seif, Dennis Gladiator, Dennis Thering, Birgit Stöver,  
Sandro Kappe (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Pädagogische Fachkräfte für Hamburgs Kitas gewinnen**

Die Bertelsmann Stiftung hat kürzlich ihren alljährlichen „Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme“ vorgestellt. Zwar schneidet Hamburg beim Ländermonitor der Bertelsmann Stiftung relativ gut ab, dennoch ist dies mit den mahnenden Worten der Studienverantwortlichen verbunden, dass die Ziele – bis 2030 die Elternbedarfe zu realisieren sowie die Personalschlüssel auf wissenschaftliche Empfehlungen zu verbessern – allerdings nur dann erreicht werden könnten, wenn alle verfügbaren Fachkräfte tatsächlich in den Kitas beschäftigt werden (vergleiche [https://www.laendermonitor.de/fileadmin/files/laendermonitor/fachkraefte\\_radar/2023/Fachkraefte\\_Radar\\_HH\\_2023.pdf](https://www.laendermonitor.de/fileadmin/files/laendermonitor/fachkraefte_radar/2023/Fachkraefte_Radar_HH_2023.pdf)). Da erscheint es schon als Hohn, dass an der Fachschule für Sozialpädagogik und der Fachschule für Heilerziehungspflege für die Externenprüfung – abhängig von der Art des angestrebten Abschlusses – für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Kosten in Höhe von 335 bis zu 405 Euro anfallen, wie aus einer Schriftlichen Kleinen Anfrage der CDU-Fraktion (vergleiche Drs. 22/13321) hervorgeht. Den angehenden Fachkräften werden somit Steine in den Weg gelegt. Damit muss aus Sicht der CDU-Fraktion Schluss sein. Aus diesem Grund fordert die CDU-Fraktion den rot-grünen Senat auf, die Abschaffung der Gebühren für die Externenprüfung an der Fachhochschule für Sozialpädagogik und der Fachschule für Heilerziehungspflege zu prüfen. Wir sind auf alle qualifizierten pädagogischen Fachkräfte angewiesen, da sonst die Qualität der Betreuung unserer Kleinsten auf der Strecke bleibt.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. die Abschaffung der Gebühren für die Externenprüfung an der Fachhochschule für Sozialpädagogik und der Fachschule für Heilerziehungspflege zu prüfen;
2. der Bürgerschaft bis zum 31. März 2024 zu berichten.